

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Leipzig.
Post-Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlagsort:
Gedr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen monatlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Mitteleuropa 2.650. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Weinbergplatz 10. Tel. 25 201.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Weinbergplatz 10. Tel. 25 201.
Verlagszeitung von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Inserate werden die Tagesblätter mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 66.

Dresden, Mittwoch den 20. März 1918.

29. Jahrg.

Die Lichnowski-Debatte im Hauptausschuß

Im Hauptausschuß des Reichstages hat am Sonnabend eine Debatte über die Denkschrift des Fürsten Lichnowski stattgefunden. Über die wir einen Bericht folgen lassen. Gleichwohl verdienten die wichtigsten Kapitel der Lichnowskischen Schrift, in denen der Fürst eine scharfe Kritik an der deutschen Politik vor Kriegsausbruch läßt.

Die Frage der Kriegsschuld ist sicher heute noch nicht endgültig gelöst und es wird nach Kriegsende, wo manche Meinungen befeitigt sein werden, die heute eine freie Aussprache hindern, noch viel darüber zu reden sein. Wir sind nie der Meinung gewesen, die Frage sei damit abgeschlossen, daß man erklärt, die bösen Ententemänner seien allein an dem Krieg schuld. Es kann, besonders nach dem Verlauf des Ententemännerprozesses, kaum daran gezweifelt werden, daß in Russland eine starke Kriegspartei an der Arbeit war, die die durch das österreichische Ultimatum mitwirkende Spannung dazu benutzen wollte, um einen Krieg gegen Österreich und Deutschland herbeizuführen. Aber deshalb ist die von Lichnowski vertretene Ansicht noch nicht falsch, die deutsche Regierung habe dadurch eine schwere Schuld auf sich geladen, daß sie nicht sofort energisch gegen das österreichische Ultimatum, dessen Forderungen für Serbien unerfüllbar waren, Einspruch erhob. Man kann anerkennen, daß die deutsche Regierung, nachdem die Situation kritisch geworden war, sich bemüht hat, ein Uebergehen des Österreich-Serbischen Auseinandergehens auf Europa zu verhindern. Aber da war es eben zu spät. Im entscheidenden Moment hat sie nicht alles getan, was sie hätte tun müssen, um dem Ausbruch der furchtbaren Metakatastrophe vorzubeugen.

Der Vordrängler schreibt zu den Ausführungen Lichnowskis:

Sie man in Deutschland den Rücktritt dreier englischer Minister bei Kriegsausbruch als Beweis für Englands Schuld am Kriege betrachtete, wie der Sudomirnov-Prozess später als Zeugnis für Englands Schuld gewertet wurde, so wird das feindliche Ausland jetzt in der Schrift Lichnowskis die ausschlaggebende Ursache sehen, daß die der Streit um die Kriegsschuld zu ungunsten Deutschlands entschieden wird. Und wer vermag zu leugnen, daß von dieser Zeit an die deutsche Außenpolitik vor dem Kriege ein schweres Trauma litt? Man kann sagen, daß alles, was Lichnowski schreibt, Wurzeln einer freien Presse, alles verzerrt und verzerrt ist. Aber daraus würde nur folgen, daß der wichtigste Vorfall der letzten Monate vor Ausbruch des Krieges, die dem Fürsten aus eigener Wissenschaft nicht bekannt seien und über die er anscheinend unzutreffende Informationen erhalten habe. Diese Mängel der Schrift sind jedoch nicht die Ursache für die unrichtigen Anschuldigungen der eigenen Verdienste durch den Fürsten heranzuziehen. Uebernehmend mit diesem Gange zieht sich durch die ganze Denkschrift hindurch eine auffällige Verengung für die fremden Diplomaten, namentlich die englischen, die wahrhaft lebendige Geschichte werden, und im Gegenzug dazu eine ebenso auffällige Vereinfachung gegen fast sämtliche deutschen Staatsmänner. Bei einer solchen Verengung der Menschen ist es kein Wunder, daß der Fürst bei seiner Darstellung zu falschen Schlüssen gekommen ist.

Im einzelnen geht aus der Denkschrift hervor, daß der Fürst schon im Sommer 1914 wie bei Abfassung der Denkschrift die Ansicht vertreten haben wollte, daß trotz der Ermordung des österreichischen Thronfolgers der Frieden hätte von der deutschen Regierung durch Finanziellen auf Österreich aufrecht erhalten werden können, wenn sie nur die Friedensbedingungen genügend ausgenutzt hätte. Von diesem Stande, wenn dies geschehen, ein militärisches Eingreifen kaum zu erwarten gewesen.

Die angeblichen Tatsachen, auf die der Fürst sich zur Rechtfertigung seiner Politik beruft, hängen im einzelnen vielfach in direktem Widerspruch mit der objektiven festgestellten Wahrheit. Wie unbegründet die Klagen des Fürsten darüber seien, daß man nicht, seiner Anregung entsprechend, die serbische Kritik durch eine Konferenz zu beendigen versucht habe, sei jetzt unverkennbar. Die Verhandlungen des Sudomirnov-Prozesses hätten gezeigt, wie unbegründet seine Vorwürfe seien, daß Deutschland die russische Mobilisierung mit dem Ultimatum und der Kriegserklärung beantwortet habe. Ebenso ist es mit der Behauptung, die deutsche Regierung habe alle Vermittlungsvorschläge Englands abgelehnt.

Der Zweck der Denkschrift sei im ganzen sehr offen kundig. Sie wolle dem Leser zeigen, eine wieviel bessere und einflussreichere Politik der Verfasser gemacht und wie er dem Frieden erhalten geholfen hätte, wenn man seinen Ratschlägen gefolgt wäre. So wie die Dinge jetzt liegen, werde die Denkschrift bei den Uebelwollenden wie bei den Oberflächlichen Schaden genug stiften. Ingeborg, welche historischen Wert habe die Denkschrift nicht. Das weitere handele es sich um ein in Briefform abgefaßtes, an eine größere Anzahl von Personen gehaltenes und seither fast ununterbrochen Mund-zu-Mund fortgekommenes Gerücht, das sich der Schwere aufhaltenden Dr. Müllers, der zur Zeit des Kriegsausbruchs Mitglied des Kruppischen Direktors gewesen sei. Dr. Müllers sei nach dem Verfall in der zweiten Julihälfte 1914 hinterher bei zwei bekannten Herren in hervorragender Stellung gewesen und erzählte angebliche Aufzeichnungen dieser Herren, aus denen er den Schluß ziehe, daß es der deutschen Regierung im Juli 1914 am liebsten gewesen sei, sich bei Dr. Müllers um einen neutralen Mann handle, der wiederholt mit seinen Reden zusammengebrochen sei. Eine abschließende Schädigung des Vaterlandes durch ihn nehmen sie nicht an, widersprechen dagegen bestimmt den ihnen in den Mund gelegten Anschuldigungen. Sie könnten seine Niederschrift nur als pathologisch bezeichnen. — In der anschließenden

Die Verhandlungen des Hauptausschusses.

Berlin, 19. März. Der Hauptausschuß des Reichstages beschloß am 16. März mit der Denkschrift des Fürsten Lichnowski vom 14. August 1916. Der Stellvertreter des Reichstages, Herr v. Pappe, teilte mit, daß sich der Fürst am 15. März dem Reichstagspräsidenten gegenüber etwas folgenreicher geäußert habe. Die rein privaten Aufzeichnungen, die ich im Sommer 1916 niederschrieb, haben durch einen unerwarteten Vertrauensbruch den Weg in weitere Kreise gefunden. Ich erkläre in der vorliegenden Abhandlung von Ruf und in der Ausdehnung der Wirkungskraft auf orientalische Fragen die eigentlichen Wurzeln des Weltkrieges. Außerdem ermahne ich das Bedauern, der Zukunft gegenüber und zu meiner eigenen Rechtfertigung die Einzelheiten meiner Londoner Erlebnisse zu veröffentlichen. Diese Erlebnisse sind nur für das Familienarchiv bestimmten Aufzeichnungen, die ich lediglich aus dem Gedächtnis niederschrieb.

Eine Galgenfrist für Rumänien.

Wit. (Amstich.) Großes Hauptquartier, den 20. März 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Geeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.

Zwischen der Ätze und dem La-Basse-Kanal dauerte die rasche Ortungstätigkeit fort. Das in tiefen Abständen am Morgen ablaufende Artilleriefeuer nahm am Nachmittag wieder an Stärke zu. An der übrigen Front lebte die Gefechtsfähigkeit nur in den Hundstunden südwestlich von Cambrai, zwischen Tise und Biette nördlich von Verre-au-Sac und an einzelnen Stellen in der Champagne auf.

Geeresgruppen Gallwitz und Ferson Albrecht.

Der Feuerkampf bei Verbur ging heftig weiter. Die beiderseitigen Artillerien bekämpften sich vielfach mit größerem Munitionseinsatz. Kardinallich von Verbur trachtete ein eigenes Unternehmen gegen die Westfront zu führen. Das zum frühen Morgen an getriggerte Feuer hielt fast ohne Unterbrechung bis zur Dunkelheit an. Auch in den Abständen von Blomont bis Pabonville war die französische Artillerie reg.

Osten:

Die Ukrainer haben württembergische, zur Säuberung der von Czysowal nach Irbolken führenden Bahn vorgehende Truppen bei Rano-Ukrainka stärkere Verbände im Kampfe vertreiben.

Der vertragsgemäß am 19. März abgekauften Waffenstillstand mit Rumänien wurde bis 22. März mitternacht verlängert.

Son den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

glaube ich, einigen ganz wenigen politischen Freunden gelten zu können.

Weiter teilte Erzengel v. Pappe mit, daß nach einem Scheitern des Fürsten Lichnowski die Denkschrift durch Indiskretion eine weitere Verbreitung gefunden habe und der Fürst sein lebhaftes Bedauern über den höchst unglücklichen Vorfall ausdrückte. Mittlerweile habe der Fürst sein Aufschreibesystem eingezogen und bemittelt erhalten. Da der ihm vorstellte keine böse Absicht vorlag, so habe man davon abgesehen, weiter gegen ihn vorzugehen. Wohl aber möge gegen einzelne Darlegungen Widerspruch erfolgen. Dies gelte namentlich von den Behauptungen über die politischen Vorgänge in den letzten Monaten vor Ausbruch des Krieges, die dem Fürsten aus eigener Wissenschaft nicht bekannt seien und über die er anscheinend unzutreffende Informationen erhalten habe. Diese Mängel der Schrift sind jedoch nicht die Ursache für die unrichtigen Anschuldigungen der eigenen Verdienste durch den Fürsten heranzuziehen. Uebernehmend mit diesem Gange zieht sich durch die ganze Denkschrift hindurch eine auffällige Verengung für die fremden Diplomaten, namentlich die englischen, die wahrhaft lebendige Geschichte werden, und im Gegenzug dazu eine ebenso auffällige Vereinfachung gegen fast sämtliche deutschen Staatsmänner. Bei einer solchen Verengung der Menschen ist es kein Wunder, daß der Fürst bei seiner Darstellung zu falschen Schlüssen gekommen ist.

Im einzelnen geht aus der Denkschrift hervor, daß der Fürst schon im Sommer 1914 wie bei Abfassung der Denkschrift die Ansicht vertreten haben wollte, daß trotz der Ermordung des österreichischen Thronfolgers der Frieden hätte von der deutschen Regierung durch Finanziellen auf Österreich aufrecht erhalten werden können, wenn sie nur die Friedensbedingungen genügend ausgenutzt hätte. Von diesem Stande, wenn dies geschehen, ein militärisches Eingreifen kaum zu erwarten gewesen.

Die angeblichen Tatsachen, auf die der Fürst sich zur Rechtfertigung seiner Politik beruft, hängen im einzelnen vielfach in direktem Widerspruch mit der objektiven festgestellten Wahrheit. Wie unbegründet die Klagen des Fürsten darüber seien, daß man nicht, seiner Anregung entsprechend, die serbische Kritik durch eine Konferenz zu beendigen versucht habe, sei jetzt unverkennbar. Die Verhandlungen des Sudomirnov-Prozesses hätten gezeigt, wie unbegründet seine Vorwürfe seien, daß Deutschland die russische Mobilisierung mit dem Ultimatum und der Kriegserklärung beantwortet habe. Ebenso ist es mit der Behauptung, die deutsche Regierung habe alle Vermittlungsvorschläge Englands abgelehnt.

Der Zweck der Denkschrift sei im ganzen sehr offen kundig. Sie wolle dem Leser zeigen, eine wieviel bessere und einflussreichere Politik der Verfasser gemacht und wie er dem Frieden erhalten geholfen hätte, wenn man seinen Ratschlägen gefolgt wäre. So wie die Dinge jetzt liegen, werde die Denkschrift bei den Uebelwollenden wie bei den Oberflächlichen Schaden genug stiften. Ingeborg, welche historischen Wert habe die Denkschrift nicht. Das weitere handele es sich um ein in Briefform abgefaßtes, an eine größere Anzahl von Personen gehaltenes und seither fast ununterbrochen Mund-zu-Mund fortgekommenes Gerücht, das sich der Schwere aufhaltenden Dr. Müllers, der zur Zeit des Kriegsausbruchs Mitglied des Kruppischen Direktors gewesen sei. Dr. Müllers sei nach dem Verfall in der zweiten Julihälfte 1914 hinterher bei zwei bekannten Herren in hervorragender Stellung gewesen und erzählte angebliche Aufzeichnungen dieser Herren, aus denen er den Schluß ziehe, daß es der deutschen Regierung im Juli 1914 am liebsten gewesen sei, sich bei Dr. Müllers um einen neutralen Mann handle, der wiederholt mit seinen Reden zusammengebrochen sei. Eine abschließende Schädigung des Vaterlandes durch ihn nehmen sie nicht an, widersprechen dagegen bestimmt den ihnen in den Mund gelegten Anschuldigungen. Sie könnten seine Niederschrift nur als pathologisch bezeichnen. — In der anschließenden

Aussprache

erklärte der Abg. Gröber, die Denkschrift des Fürsten Lichnowski sei ein so zweifelhaftes Dokument, daß bei jedem der Eindruck entstehe, hier schreibe ein Herr, der von geradem Verstande und Ehrlichkeit erfüllt, und aus diesem Gesichtswinkel alles betrachte und beurteile.

Der Abg. Scheidemann betonte, daß die Sozialdemokratische Partei die Grundursache des Krieges in der ganzen modernen Weltwirtschaft sehe, die von allen Staaten betrieben werde. Die Sozialdemokratie habe dafür den Ausdruck Imperialismus geprägt. Eine Debatte über das etwaige Verschulden der Imperialismus des eigenen Landes über den Ausbruch eines Krieges, dessen eigentlicher Grund der Imperialismus bilde, habe im Augenblick wenig Zweck. Wenn es wahr wäre, daß etwa Herr v. Jagow oder der Feldmarschall v. Kaulke die Schuld am Kriege trage, und daß namentlich der letztere zum Krieg gedrängt habe, eigentlich nur um Herrn Lichnowski zu ärgern, so wäre er damit einverstanden, daß dies oder irgend ein anderer Schuldiger auf die Anklagebank käme, namentlich dann, wenn dadurch die Verengung des Krieges herbeigeführt werden könnte. Das sei aber selber nicht der Fall.

Bezüglich des Falles Müllers könne er sich nicht äußern. Im Falle Müllers könne man die Behauptungen der Denkschrift nachprüfen. Im Falle Müllers müsse man sich mit dem begnügen, was die anderen Herren gesagt haben.

Die Prof. Dr. Müller, in der Schrift Lichnowski Deutschland die Schuld am Kriege zugeschoben werde, könne seinen Grund nicht nur Grund auf sogenannte „Kruppische“ werden. Hat einen Diplomat in diese Prof. Dr. Müller, welche die Unvergleichlichkeit und die Unvergleichlichkeit des Fürsten darstellte. Nach Lichnowski seien alle feindlichen Diplomaten Verräter. Unsere Diplomaten dagegen seien, mit Ausnahme natürlich von Lichnowski, Trolle und schlechte Menschen, die dem Fürsten Lichnowski seine „großen Erfolge in London“ nicht gänzlich. Wie der Redner näher darlegte, befanden sich auch mehrfach falsche Daten in der Broschüre, der Krieg an Rußland sei z. B. nicht am 31. Juli erklärt worden, sondern am 1. August. Weiter gäbe es zahlreiche Fälle, die bewiesen, daß unsere diplomatische Vertretung im Ausland verlagert habe. Sie wolle von Grund auf reformiert werden.

Der Abg. Dr. Müller-Meininger führte aus, er sei fest überzeugt, daß die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes, der Reichstages, der Vertreter des Auswärtigen Amtes und vor allem der Kaiser immer den Frieden haben wollten und sich gegen einen Krieg mit England waren. Der Redner wies auf die Fehler der deutschen Diplomatie in Petersburg und Rom hin und verlangte die nötige Reform des diplomatischen Systems.

Der Abg. Dr. Stresemann schloß sich dem Wunsch an, daß das Reichbuch ergänzt werde. Man könne den Verfasser der Broschüre überhaupt nicht verantwortlich ermitteln. Durch die ganze Broschüre ziehe sich der Gedanke, England verantwortlich und auf Deutschland die Schuld zu schieben.

Der Abg. v. Gräfe bemerkte, es scheine ihm alles große Nachsicht nicht am Platz.

Der Abg. Freiherr v. Gumbert bemerkte, im Reichstage und im ganzen deutschen Volke würden seit vielen Jahren die erbittertesten Beschwerden über die Diplomatie ausgesprochen. Es müsse in Zukunft mit dem letzten System abgebrochen werden. Er beantragte die Vorlegung des gesamten Materials.

Abg. Haase bemerkte, daß sich die Debatte zum größten Teil mit der Persönlichkeit des Fürsten Lichnowski beschäftigt habe und an wichtigen Fragen vorbeigegangen sei. Er nehme Abstand, auch feinerseits die offensichtlich auf persönlichen Gebiete liegenden Mängel der Lichnowskischen Denkschrift zu kritisieren, auf die Entstehungsbedingungen des Krieges wolle er nicht eingehen. Die Debatte, die hier gepflogen worden seien, erreichten den Zweck der Klärung nicht, wenn der Herr Reichstagspräsident nicht zum mindesten den Zweck, zwischen der Regierung und dem Fürsten Lichnowski und die familiären Noten vorlege, die die deutsche Regierung mit dem Reichstagen in Wien und mit der österreichischen Regierung getauscht hat. Das Bedürfnis nach Klärung gelte es, die Verichte des Fürsten Lichnowski vorzulegen. Er beantragte die Vorlegung des gesamten Materials, wie er es wiederholt im Reichstage verlangt und auch dem Herrn Reichstagspräsident gegenüber angesetzt habe. So lange dies nicht geschehe, hätten alle Erörterungen nur einen apologetischen Zweck.

Der Stellvertreter des Reichstages antwortete, daß die Prüfung der Angelegenheit, ob ein strafrechtliches oder bürgerrechtliches Verfahren gegen den Fürsten angezeigt erscheine, durch das Reichsjustizamt getrieben werden solle. Dabei habe sich ergeben, daß aus verschiedenen rechtlichen Gründen weder eine Verfolgung des Fürsten wegen diplomatischen Vandalismus im Sinne des § 92 des R.-Str.-G., noch eine solche auf Grund des § 89 des R.-Str.-G., noch eine solche auf Grund des § 353a, des sogenannten Krupp-Paragrafen, Aussicht auf Erfolg gesellen hätte. Die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Fürsten komme nach seiner Verabschiedung überhaupt nicht mehr in Betracht. Die Veröffentlichung von Artikeln in der Presse sei dem Fürsten vom Auswärtigen Amt untersagt worden. Welche Bedeutung das Verbot nach seiner Verabschiedung habe, müsse zunächst dahingestellt bleiben. Unterstaatssekretär v. Stumm erwiderte auf die Frage, wer für die Ermordung des Fürsten Lichnowski verantwortlich sei, wer die Verantwortung habe und weshalb er von seinem Posten nicht abberufen worden sei, daß die Ermordung vom Kaiser im Übernehmen mit dem Fürsten habe eine Reihe diplomatischer Erläuterungen im Auslande befreit; in allen diesen Erläuterungen habe er sich bemüht, so daß ein Grund, dem Fürsten in die Stellung eines Reichstagspräsidenten nicht aufzulegen zu lassen, nicht vorzulegen habe. In London habe sich der Fürst mit Kaiser und Königin seiner Aufgabe gewidmet. Nachdem seine Hoffnung auf Herbeiführung einer deutsch-englischen Verständigung durch den Kriegsausbruch zerfallen sei, sei der Fürst in einem Augenblicke harter Erregung nach Deutschland zurückgekehrt und habe mit seiner Kritik der deutschen Politik schon damals nicht zurückgehalten. Seine Erregung sei durch die scharfen Angriffe befeuert worden. Deuten er in der deutschen Presse ausgeführt gewesen sei. Diese Umstände müßten bei der Betrachtung der Denkschrift in Betracht ge-